

## Statement von Antje Grothus zu Aktivitäten von Betriebsratsvorsitzenden der IGBCE und RWE in Keyenberg und vor ihrem Privathaus im Grubenranddorf Kerpen-Buir

### **Tagebaubetroffene und deren Familien sind keine Betroffenen zweiter Klasse**

Buir, 18.10.2018. Am Sonntag, dem 14.10.2018, traten Betriebsratsvorsitzende von RWE und Mitglieder der IGBCE bei einem öffentlichen Dorfspaziergang in Keyenberg mit einem Plakat auf, das u.a. meinen Namen, mein Konterfei und den Zusatz „Der Arbeitsplatzfeind No. 1“ trug. Nur drei Tage später, am 17.10.18 zog einer dieser Betriebsratsvorsitzenden mit ca. 80 Mitarbeitern und IGBCE-Fahnen lautstark und Böller zündend in einem von der Polizei des Rhein-Erft Kreises geduldeten Aufzug vor meinem privaten zu Hause auf, in dem neben meinem Partner auch meine Kinder wohnen.

Während der Vorsitzende der IGBCE, Michael Vassiliadis, sich vom Vorgehen seiner Mitglieder distanzierte und sich entschuldigte, veröffentlichte die RWE AG über ihren Twitter-Account @RWE\_Presse einen Brief des Betriebsratsvorsitzenden Zentrale Köln RWE Power an mich. Darin heißt es u.a.: „Was wir wollten, ist zu zeigen, dass es nicht nur um Bäume geht, sondern um Menschen und deren Familien, die ganz konkret von Arbeitsplatzverlusten bedroht sind.“

In diesem Kontext bitte ich um Berücksichtigung meines persönlichen Statements als Tagebaubetroffene, Mutter dreier Töchter und in die „Kohlekommission“ berufene Interessenvertreterin der Region und der betroffenen Anwohner\*innen im Rheinischen Revier:

„Wir von den Auswirkungen des Braunkohletagebaus Betroffene und unsere Familien sind keine Betroffenen zweite Klasse. Wir sind direkt betroffen durch massive Wertverluste unserer Immobilien, Heimatverlust durch Zwangsvertreibung und Zwangsenteignung, durch die von der Kohleförderung und –verstromung ausgehenden Gesundheitsgefahren, und massive Beeinträchtigungen unserer Lebensqualität. Sowohl in Deutschland als auch weltweit vernichtet Kohle direkt und indirekt Existenzen, und die Klimakrise gefährdet Menschenleben.“

Mit dieser erneuten Entgleisung des Betriebsratsvorsitzenden, der seine verantwortungsvolle Position in unverantwortlicher Weise ausnutzt, um Mitarbeiter\*innen gegen eine Tagebaubetroffene und ihre Familie aufzuwiegen, muss personelle Konsequenzen haben. Eine Entschuldigung von Michael Vassiliadis reicht in diesem Fall nicht aus.“

Unbenommen dieses Vorfalles werde ich mich weiterhin dafür einsetzen, dass in Zeiten der Klimakrise und des notwendigen nachhaltigen Strukturwandels in Richtung einer decarbonisierten Zukunft die Interessen der Beschäftigten nicht gegen die Sorgen und Nöte der betroffenen Anrainer\*innen und des Klimaschutzes ausgespielt werden. Wir müssen die Menschen in den Mittelpunkt unserer Überlegungen stellen.